

Corona-Virus: Von Filterblasen und Zukunftsvisionen

Wie sich das disruptive Potenzial der Corona-Virus-Krise auf gesellschaftlicher Ebene tatsächlich entfalten wird, das steht noch in den Sternen. Und offen ist vor allem, ob sich die Disruption zugunsten einer besseren Gesellschaftsordnung entfalten wird oder umgekehrt.

Marie-Joelle Eschmann

In der ganzen Schweiz sehen wir überall Hilfsangebote, eine grosse Solidarität ist spürbar. MedizinstudentInnen haben sich freiwillig organisiert, um in den Spitälern auszuweichen. Im Quartier gehen Leute für ältere NachbarInnen einkaufen. Unternehmen bieten ihre Dienstleistungen günstiger oder teilweise kostenlos an. Überall kleben Zettel mit Telefonnummern an Laternen und Gebäuden. «An Hilfsangeboten kommt man heute kaum mehr vorbei», schreibt der «Tages-Anzeiger» in einem Artikel mit dem verheissungsvollen Titel «Diese Solidarität wird die Pandemie überleben». Aber ist das wirklich so?

Ein neues Zeitalter der Solidarität?

Die Coronavirus-Krise hat ausserdem etwas geschafft, woran FeministInnen in den letzten Jahren wiederholt gescheitert sind: Einer breiten Öffentlichkeit vor Augen zu führen, wie wichtig, beziehungsweise systemrelevant, Care-Arbeit ist und wie die Missstände betreffend Lohn und Arbeitsbedingungen in krassstem Widerspruch dazu stehen. Wenn wir auf die Detailhandelsbranche blicken – auch dort sind mehrheitlich Frauen beschäftigt –, dann fällt uns das eklatante Paradoxon ebenfalls wie Schuppen von den Augen.

Es gibt Hoffnung, wenn man sieht, wie sich StadtbewohnerInnen in der ganzen Schweiz organisieren, um sich von ihren Balkonen und Fenstern aus mit einem gemeinsamen Applaus beim Pflegepersonal und bei den DetailistInnen für ihre wertvolle Arbeit zu bedanken. Die Kirchenglocken, die dabei gleichzeitig erklingen, sind umso passender, denn sie scheinen wortwörtlich ein neues Zeitalter einzuläuten. Aber vor lauter Klatschen und Glockenklang sollten wir nicht diejenigen Stimmen überhören, die andere Anliegen haben oder die sie nicht so laut an die Öffentlichkeit tragen können und daher unterzugehen drohen.

Von gefährlichen Filterblasen

Im Moment befindet sich fast die gesamte Welt in einem mehr oder weniger strikten Lockdown. In dieser globalen #stayathome-Situation ist die Wichtigkeit sozialer Me-

dien und internetbasierter Dienstleistungen offensichtlich denn je. Wir sind jetzt mehr als jemals zuvor auf moderne Kommunikationstechnologien angewiesen. Unsere gesamte Realität spielt sich momentan fast vollständig im virtuellen Raum ab: Von Nachrichten über Diskussionen bis hin zur täglichen Unterhaltung – alles wird auf sogenannten Feeds abgebildet. Und genau da liegt der Haken.

Dario Nassal ist Journalist und Mitgründer der News-App Buzzard. Sie spricht Perspektivenvielfalt, indem sie ihren NutzerInnen einen Überblick über die Motive von Andersdenkenden vermittelt. «Die aktuelle Lockdown-Situation verschärft natürlich die Filterblasenproblematik. Wir haben momentan ein grosses Informationsbedürfnis. Gleichzeitig nimmt die Zahl an Fake-News zu. Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, dass wir uns nicht einseitig informieren. Sonst laufen wir unter anderem Gefahr, dass beispielsweise die Meinungen von Unterprivilegierten im öffentlichen Diskurs nicht genügend zur Geltung kommen.»

Dass es mehrere Anzeichen dafür gibt, dass wir es versäumen könnten, ausreichend an diejenigen Menschen zu denken, die von der Coronavirus-Krise am meisten betroffen sind, kann ich momentan in meinen eigenen Feeds feststellen. Ich bin weiblich, 30 Jahre alt, besitze einen Hochschulabschluss und bin auf den sozialen Medien grösstenteils mit Leuten vernetzt, die ähnlich denken wie ich. Die meisten sind, wie ich, sogenannte Millennials, die in grösseren Städten der Welt leben, und wählen eher links. Von den zahlreichen Instagram-Stories, die ich in den letzten Wochen gesehen habe – vom «Quarantini»-Schlürfen bis hin zu Meditationsanleitungen – befand sich bisher kein einziger Beitrag, in dem sich jemand gefragt hat, was mit den ganzen Obdachlosen passiert. Auch zum Thema häusliche Gewalt hat sich bisher noch niemand in meiner Filterblase geäussert.

Realitätscheck

Die Realität in der Schweiz zeichnet jedoch ein völlig anderes Bild: 2019 wurde die erste wissenschaftliche Studie zur Obdachlosigkeit, welche die Christoph Merian Stif-

tung (CMS) in Auftrag gegeben hat, herausgegeben. Allein in Basel sind 100 Menschen obdachlos, und 200 haben keine eigene Wohnung. Was häusliche Gewalt angeht, so wurden gemäss dem Bundesamt für Statistik (BFS) im Jahr 2019 von der Polizei 19 669 Straftaten im häuslichen Bereich registriert. Die Straftaten ereignen sich ausserdem meistens dort, wo niemand hinschaut, nämlich im privaten Raum. Das BFS verrät auch, dass fünf Prozent der Schweizer Bevölkerung chronisch risikoreich trinken. Hinzu kommen die Kennzahlen zur psychischen Gesundheit in der Schweiz. Im Jahr 2017 haben sich gemäss der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (OKP) rund 497 000 PatientInnen in einer ambulanten psychiatrisch-psychotherapeutischen Praxis behandeln lassen. Diese Liste liesse sich endlos weiterführen.

Nun könnte man mir entgegenhalten, dass diejenigen, die etwas über diese Missstände auf den sozialen Netzwerken publizieren könnten, zu beschäftigt damit sind, an vorderster Front zu helfen. Doch das ist nicht der Punkt bei der Filterblasenproblematik. Den Menschen wird – zumindest in unseren Breitengraden – schon irgendwie geholfen. Es ist beruhigend zu wissen, dass «es zurzeit sogar mehr Leute gibt, die Hilfe anbieten, als solche, die Hilfe benötigen», wie Lukas Niederberger, Geschäftsführer der Schweizerischen Gemeinnützigen Gesellschaft im genannten «Tages-Anzeiger»-Artikel sagte.

Das Problem an der Filterblase ist, dass die Menschen, die am meisten unter dieser Krise zu leiden drohen, vom öffentlichen Radar unentdeckt bleiben. «Man kann wegen der Bubble ein verzerrtes Weltbild haben», sagt Dario Nassal. Diese Problematik verschärft sich, umso weiter wir über unseren eigenen nationalen Tellerrand schauen. Und das müssen wir, denn die Coronavirus-Krise ist eine globale Krise.

Flüchtlingscamps und Favelas

Im Camp Moira in Griechenland leben zurzeit zehntausende Flüchtlinge, doch ehrenamtliche Helfer gebe es dort kaum noch, berichtet das SRF. Wegen des neuen Coronavirus hat sich die dortige Lage verschlimmert. Es gibt immer weniger Camp-Mitarbeitende

und wegen der mangelnden Platzverhältnisse und der prekären hygienischen Bedingungen ist es kaum möglich, die BewohnerInnen des Camps vor einem Ausbruch des Virus zu bewahren. Das neue Corona-Virus stellt jedoch nicht nur an der griechisch-türkischen Grenze ein Problem dar. In den Favelas von Rio de Janeiro beispielsweise leben gemäss des SRF-Südamerika-Korrespondenten rund 1,6 Millionen Menschen unter akutem Wassermangel. Vor einigen Tagen sei dort das neue Corona-Virus angekommen, aber die Behörden hätten kaum etwas dagegen unternommen. Die Regierung habe lediglich 40 Tanklastzüge bereitgestellt, um etwas Wasser in die Favelas zu bringen. Ansonsten sind die Menschen weitestgehend auf sich allein gestellt.

Peter G. Kirchschräger, Professor für Theologische Ethik und Leiter des Instituts für Sozialethik an der Universität Luzern, ist der Urheber des Titels «Diese Solidarität wird die Pandemie überleben» des anfangs erwähnten «Tages-Anzeiger»-Artikels. Doch Kirchschräger sagt darin auch, dass er an der momentanen Welle der Solidarität auch weniger Positives beobachtet: etwa, dass sich Solidarität nicht selten auf bestimmte Gruppen beschränkt – was dem Kerngedanken der Solidarität fundamental widerspricht. Die betagte Nachbarin bekommt sie, Menschen auf der Flucht bekommen sie gerade heute nicht.

Das ist also die Kehrseite der Medaille: Nicht alle werden – leider berechtigt – nach der Krise an Solidarität glauben. Und zwar gerade deshalb, weil sie praktisch auf sich selbst zurückgeworfen und von der Öffentlichkeit vergessen wurden. Und wie wir nun alle wissen sollten, können sich massive Ungerechtigkeitserfahrungen, die in einem öffentlichen Diskurs keine Beachtung finden, zu einem allgemeinen Zustand des Ressentiments entwickeln. Und das kann wiederum andere, schwerwiegende Folgen haben.

Von Hanau und vom Rostgürtel lernen

Es ist noch nicht einmal zwei Monate her, da hat ein Einzelgänger zehn Personen in Hanau erschossen. Ein Einzelgänger. Wir haben es in den letzten Jahren immer wieder mit solchen Schlagzeilen zu tun gehabt, über sozial isolierte Individuen, die sich plötzlich sichtbar und hörbar machten. Wir haben ausserdem gesehen, dass die sogenannten Wutbürger in (rechts-)populistischen Bewegungen endlich eine Stimme zu finden glaubten. Parteien wie die «Alternative für Deutschland» (AfD) sind heterogene Bewegungen, in denen sich Einzelkämpfer aus den verschiedensten sozialen Schichten zusammenschliessen konnten. Obwohl die Wahlbeteiligung vielerorts immer noch im historischen Tief liegt, so konnte sie doch in den letzten Jahren um einiges erhöht werden. Die sogenannten Protestwähler gingen an die Urne. Und sie wählten in den USA – wider Erwarten – Donald Trump. In den letzten Jahren wurde wiederholt analysiert, wie es

in Nordamerika, in Europa und weiteren Teilen der Welt nur so weit kommen konnte. Vieles weist darauf hin, so schrieb beispielsweise die TAZ, dass den aktuellen (rechts-)populistischen Entwicklungen vor allem eine kolossale Ohnmachtserfahrung zugrunde liegt, die ihren konkreten Anlass längst verdrängt, aber die Weltbeobachtung und soziale Interaktion gefiltert hat.

Es müssen wirklich alle mitmachen. Wirklich alle.

Nach der Corona-Virus-Krise werden viele ihre zahlreichen Bedürfnisse in die öffentliche Arena bringen wollen. FeministInnen und Gewerkschaften werden auf ihren Anliegen beharren und diese vor dem Hintergrund einer von einer tiefen Rezession geplagten Volkswirtschaft anbringen müssen. KlimaleugnerInnen werden wieder auf Klimastreikende treffen. VerfechterInnen des Kapitalismus auf gebeutelte UnternehmerInnen. Angebliche Erfolgsmodelle digitaler Überwachung als Antwort auf die Frage, warum es das freiheitsliebende Europa so stark getroffen hat.

«Eine Politik der Alternativlosigkeit – obwohl sie natürlich in Notsituationen wie dieser teilweise geboten ist – kann für eine Demokratie gefährlich sein. Viele werden das Gefühl haben, nicht genügend berücksichtigt worden zu sein. Wir müssen deswegen unbedingt sicherstellen, dass danach eine ausgeglichene politische Debatte stattfinden kann», sagt Dario Nassal. Vor diesem Hintergrund müssen wir also aufpassen, dass wir nach der Coronavirus-Krise die eigene Moralkeule nicht allzu kräftig schwingen. Denn, wie Eckhard Jesse, Demokratie- und Extremismusforscher, gegenüber der NZZ sagte: «Die Moralkeule kann schnell zur Moralfalle mutieren.» Er erklärte, dass überschüssiger Gesinnungsmoralismus Gegenkräfte produziere, und zwar weniger im öffentlichen Diskurs, sondern mehr im Geheimen.

Wir müssen also in Betracht ziehen, dass sich Ungerechtigkeitserfahrungen, die unbeachtet bleiben, zu etwas entwickeln können, das wir heute noch nicht voraussagen können – genau so wenig, wie wir damals den Siegeszug des (Rechts-)Populismus vorhersehen konnten. Wir sollten deshalb aus der Vergangenheit lernen, damit wir nicht wieder dieselben Fehler machen. Das heisst, dass wir auch denjenigen zuhören müssen, die nur scheinbar wenig oder die etwas anderes zu sagen haben. Wir müssen verhindern, dass sie in der Hitze des Gefechts übertönt werden. «Ich empfehle, dass man bereits während des Lockdowns beginnt, etwas dafür zu tun. Man kann zum Beispiel Quellen verfolgen, die unterschiedlich über die aktuelle Krise berichten. So können wir verhindern, dass wir immer nur in der eigenen Meinung bestätigt werden», sagt Dario Nassal. «Es ist jetzt sehr wichtig, dass man sich bewusst für Gegendarstellungen entscheidet und bewusst recherchiert, denn da draussen gibt es mit grösster Wahrscheinlichkeit auch völlig andere oder unterrepräsentierte Positionen, die ebenfalls eine Berechtigung haben.» Am besten lässt sich die Filterblasenproblematik unterlaufen, wenn jetzt alle beim bewussten Meinungsaustausch mitmachen. Und zwar wirklich alle. Wirklich. Alle.

P.S.: Wie wäre es jetzt mit einem «Weltwoche»-Artikel?

KREUZWORTRÄTSEL

Lösungswort:

Zu gewinnen gibt es:

2 x 2 Eintrittskarten für frei wählbare Daten/Vorstellungen im Theater Ticino in Wädenswil, wenn dann dort wieder gespielt werden kann...

www.theater-ticino.ch

Einsendeschluss: Dienstag, 14. April

Name / Vorname

Strasse / Postfach

PLZ / Ort

P.S. Verlag, Hohlstrasse 216, 8004 Zürich, aboservice@pszeitung.ch
Über die Verlosung wird keine Korrespondenz geführt.
Mitarbeitende von P.S. sind von der Teilnahme ausgeschlossen.